

Walther Hagenbüchli an Albert Huber, 18. April 1946

Auf Einladung der «Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen» sprach Professor von Salis<sup>777</sup> im Konzerthaus in Wien am 16. d. Mts. über das Thema «Die Vereinten Nationen – die Hoffnung der Welt».

---

**776** Walter M. Iber, Die Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. Zur Vorgeschichte der OMV 1945–1955, Innsbruck u. a. 2011; Ders., Erdöl statt Reparationen. Die sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich 1945–1955, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 57/2009, S. 571–605.



Professor von Salis ist weitesten Kreisen Österreichs bekannt durch seine vom Studio Zürich ausgesandten politischen Wochenberichte, die hier während des Naziregimes trotz strengstem Abhörverbot mit gespanntem Interesse verfolgt wurden.<sup>778</sup> Der Andrang zu dem Vortrag war daher ein äusserst grosser und der Mozartsaal des Konzerthauses, der ca. 900 Personen fasst, war zu klein, um alle Interessenten aufnehmen zu können. Der Veranstaltung wohnten die Spitzen des Staates und der städtischen Behörden, unter vielen anderen Bundespräsident Renner, Bundeskanzler Figl, Finanzminister Zimmermann,<sup>779</sup> Justizminister Gerö, die Staatssekretäre Schumy<sup>780</sup> und Graf sowie Bürgermeister General Körner, bei. Selbst der greise Altbürgermeister Seitz,<sup>781</sup> obwohl leidend, liess es sich nicht nehmen, am Vortrage teilzunehmen. Die grosse Teilnahme von offiziellen Persönlichkeiten stellte nicht nur eine Ehrung für den Vortragenden dar, sondern sie bedeutete gleichzeitig eine Kundgebung der Achtung und Dankbarkeit gegenüber unserem Lande, wie dies auch aus den Begrüssungs- und Schlussworten von Alt-Finanzminister und Alt-Nationalbankpräsident Kienböck<sup>782</sup> hervorging.

**777** Jean Rudolf v. Salis \* 12.12.1901 Bern, † 14.7.1996 Brunegg/Kt. Aargau; Dr. phil.; 1925–1935 Parisauf., u. a. Korrespondent «Der Bund», «Die Weltwoche», 1935–1968 Prof. für Geschichtswissenschaft ETH Zürich, 1952–1964 Präs. Stiftung «Pro Helvetia», dgl. «Gesellschaft zur Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und der Schweiz». – HLS.

**778** Freitägliche Rundfunksendung «Weltchronik».

**779** Georg Zimmermann \* 18.11.1897 Capodistria/Istrien, † 17.12.1958 Wien; Dr. jur.; WK, 1920 u. ff Finanzkommissär, BM für Finanzen, ebd. Skt.Rat, 1938 MinR., 1938 Entl., 1938 u. ff Ang. Buchhaltungsfirma; April/Dezember 1945 StsSekr. für Finanzen (prov. Stsreg. Renner), 20.12.1945–8.11.1949 BMin. für Finanzen, 1950–1953 Präs. Statist. Zentralamt, 1957/58 AufsRvors. «Creditanstalt-Bankverein».

**780** Vinzenz Schumy \* 28.7.1878 Saak/Ktn., † 13.12.1962 Wien; Dipl.-Landwirt, 1904–1911 Dir. landwirtschaftl. Schule Völkermarkt, 1919 Delegation Friedensvhd. St. Germain, 1919–1923 Präs. Landwirtschaftskam. Kärnten, 1923–1927 Lh Kärnten, 1924–1931 zgl. Landbundobm. für Österreich, 4.5.–26.9.1929 VK, 26.9.1929–30.9.1930 u. 10.5.–21.9.1933 BMin. im BKA (für die sachl. Ltg. der inn. Angel.), 1933–1938 Anwalt landwirtschaftl. Genossenschaften Kärnten, 1938–1945 Privatwirtschaft; September/Dezember 1945 StsSekr. für Sicherung, Verw., Planung u. Vwd. öffentl. Vermögens (prov. Stsreg. Renner), 1945–1962 Generalanwalt Raiffeisenvbd.; 1945–1949 Abg. z. NR, ÖVP. – Ursula Benedikt, Vinzenz Schumy 1878–1962. Eine politische Biographie, Diss. Wien 1966.

**781** Karl Seitz \* 4.9.1869 Wien, † 3.2.1950 ebd.; Lehrer, wg. polit. Betätigung wdh. diszipl. bestraft, 1897 Entl., 1923–1934 Bgm. Wien, 1934 Entl., zeitw. Haft, Juli 1944, nach dem Attentat auf Hitler, Haft, KZ Ravensbrück; 1920–1934 SDAP-Bundesparteiivors.; 1901–1918 Abg. z. RR, SDAP, 1918/19 Abg. z. Prov. NV, SDAP, ebd. Präs. (Dreiergremium), 1919/20 Abg. z. Konst. NV, SDAP, ebd. Präs., 15.3.1919–9.12.1920 zgl. Staatsoberhaupt, 1920–1934 Abg. z. NR, SDAP, 1945–1950 dgl., SPÖ. – Harald D. Gröllner, Karl Seitz 1869–1950. Ein Leben an Bruchlinien, Wien 2005; NDB 24.

**782** Viktor Kienböck \* 18.1.1873 Wien, † 23.11.1956 ebd.; Dr. jur.; 1903 u. ff RA Wien, 14.11.1922–20.11.1924 u. 20.10.1926–4.5.1929 BMin. für Finanzen, 1932–1938 Präs. OeNB, 1938 Abberufung, 1938–1945 RA Wien; 1952–1956 VPräs. OeNB; 1920–1923 Abg. z. BR, CSP, 1923–1932 Abg. z. NR, CSP, 1934–1938 StsR u. BT. – Mandatare im Ständestaat; NDB 11.

Einer Einladung des Justizministers folgend, speisten Herr von Salis und der Unterzeichnete am 17. d. Mts. mittags mit diesem. Im Laufe der Unterhaltung kam das Gespräch auch auf österreichische aussen- und innenpolitische Fragen. Der Minister wies auf die unhaltbaren Zustände hin, die durch die Zoneneinteilung und durch die Methoden der Besatzungsbehörden geschaffen wurden. Österreich weise das Unikum auf, nicht eine, sondern fünf Verwaltungsapparaturen zu besitzen und zwar die eigene und die der vier Besatzungsmächte. Die Einmischung der Besatzungsbehörden wirke in höchstem Grade korrumpierend auf die Bevölkerung. Wer mit einer Massnahme einer österreichischen Behörde nicht zufrieden ist und über die nötigen Beziehungen zu höheren Funktionären der Besatzungsmächte verfügt, lasse diese spielen, um solcherart sein Ziel zu erreichen. Vizekanzler Dr. Schärf, Obmann der sozialistischen Partei, habe bei seinen kürzlichen Verhandlungen in London auf die Unzukömmlichkeiten des Besatzungsregimes hingewiesen und die Antwort erhalten, man lächle in London über die Generäle, was diesen zur Bemerkung veranlasst habe, dass damit wohl Österreich noch nicht geholfen sei.

Minister Gerö, der vor dem Anschluss Österreichs an Deutschland Erster Staatsanwalt in Wien war und während der Naziherrschaft zu den Insassen der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald zählte, erklärte, dass von irgendwelchen Naziumtrieben in Österreich nicht gesprochen werden könne. Gleichwohl werde von Organen der Besatzungsbehörden von Zeit zu Zeit an ihre Regierungsstellen über solche berichtet. Dies habe seinen natürlichen Grund in dem Interesse, das diese Funktionäre an einer möglichst lange dauernden Besetzung haben, würde doch eine grosse Zahl von ihnen auf ein sorgenfreies Wohllleben verzichten und sich auf ihre mehr oder weniger unbedeutenden und weniger erträgnisreichen Zivilberufe zurückziehen müssen.

Nach Minister Gerö haben sich die Russen bis zu den Wahlen kaum in die österreichische Verwaltung eingemengt und der provisorischen Regierung ziemlich freie Hand gelassen. Das Wahlergebnis habe aber diese Haltung grundlegend geändert und seither wurden von den Russen Schwierigkeiten über Schwierigkeiten gemacht. So sei auch die Nichtanerkennung des Verfassungsübergangsgesetzes vom 19. Dezember 1945 durch den Alliierten Rat und das Verlangen, eine definitive neue Verfassung bis zum 1. Juli auszuarbeiten, auf die Russen zurückzuführen.

Bekanntlich hatte der österreichische Nationalrat den einstimmigen Beschluss gefasst, die von der provisorischen Staatsregierung auf Grund des Beschlusses der drei Parteien wieder in Kraft gesetzte Verfassung von 1929 gutzuheissen, die auf föderalistischer Basis beruht. Gegenüber dem Begehren des Alliierten Rates hat nun der österreichische Nationalrat in seiner Sitzung vom 12. d. Mts. einen Beharrungsbeschluss gefasst. Abgeordneter Vizekanzler Dr. Schärf stellte als Obmann der Sozialistischen Partei den Antrag, der Nationalrat bekenne sich zu seinem Beschluss vom 19. Dezember 1945 und stelle fest, dass das Bundesverfassungsgesetz in der Fassung von 1929 Bestandteil der gültigen Rechtsordnung ist. Er ersuche die Bundesregierung diesen Standpunkt dem Alliierten Rat zur Kenntnis zu bringen.

Dieser Antrag wurde mit allen gegen vier Stimmen der kommunistischen Abgeordneten angenommen.

Für Österreich ist, führte Minister Gerö aus, nur eine Verfassungsform möglich und naturgegeben und das ist die föderalistische. Im Hinblick auf den Ausgang der Wahlen, die in den Bundes-Ländern, mit Ausnahme von Wien (3) und Niederösterreich (1) keine kommunistischen Nationalratsmandate brachten, seien die Russen gegen eine föderalistische Verfassung, da sie sich von einer zentralistischen Verfassung eine Einflussnahme der kommunistischen Minderheiten in den Ländern erwarten.

Das Ergebnis der Wahlen sei für die Russen eine arge Enttäuschung gewesen und habe die bereits erwähnte Verstimmung herbeigeführt. Die Kommunisten hätten mit mindestens 20 Prozent der Nationalratssitze gerechnet. Die Niederlage der Kommunisten sei die Reaktion der Bevölkerung auf die Aufführung der russischen Truppen.<sup>783</sup> Im Heimatort des Kommunisten Genner,<sup>784</sup> der sich den König des «Waldviertels», eines Bezirkes im russisch-besetzten Niederösterreich, nannte, seien nur vier kommunistische Stimmen abgegeben worden, obwohl die Familie Genner's selbst sechs stimmenberechtigte Mitglieder zähle.

Den Wahlerfolg der Österreichischen Volkspartei erklärt der Minister, der selbst parteilos ist, mit dem Fehlen einer Mittelpartei. Sie habe daher alle Stimmen der nicht-marxistisch eingestellten Wähler auf sich vereinigen können.

Die gegenwärtige Situation Österreichs sei, dass es als «befreites» Land schlechter gestellt sei als ein besiegt. Der Alliierte Rat sei der Barometer für das jeweilige Verhältnis zwischen den Grossmächten und wenn, in irgend einem Weltwinkel sich Spannungen ergeben, mache sich dies für Österreich bemerkbar. Die österreichische wirtschaftliche Situation stehe und falle mit den Potsdamer-Beschlüssen.

Inbezug auf die Haltung der Schweizer-Presse gegenüber Österreich äusserte sich der Minister lobend und befriedigt. Nur an einigen in letzter Zeit in der «Weltwoche» erschienenen Artikeln über Österreich aus der Feder von Dr. Schmid<sup>785</sup> nimmt er Anstoss, die man fast als unfreundlichen Akt bezeichnen könne, zumal

**783** Dazu sehr ausführlich über fortwährende Plünderungen sowjet. Soldaten seit April 1945, Schöner, Wiener Tagebuch 1944/1945, passim.

**784** Laurenz Genner \* 5.8.1894 Irnfritz/NÖ, † 11.7.1962 Wien; Landwirt, 1917–1924 Red. «Arbeiter-Zeitung», urspr. SDAP, 1934 u. ff illeg. Revolutionäre Sozialisten, 1938 illeg. KPÖ, 1938–1940 Haft; April/Dezember 1945 UStsSekr. für Land- u. Forstwirtschaft (prov. Stsreg. Renner), 1945 Lh-Stv. NÖ, 1945–1954 ebd. LRat, 1956 Austritt aus der KPÖ; 1932–1934 Abg. z. NR, SDAP. – Politische Eliten in Niederösterreich.

**785** Hans Rudolf Schmid \* 4.12.1902 Dietikon/Kt. Zürich, † 24.2.1992 Thalwil/Kt. Zürich; Dr. phil.; Journalist, 1937–1939 Pressechef Schweiz. Landesausstellung, 1939 Mitbgr. u. 1939–1990 Vst. «Schweizer Feuilleton-Dienst», 1940–1945 Chef Pressebüros Armeestab, Maj., 1948–1968 Red. schweiz. Ausgabe «Reader's Digest», 1950 Grdr. Verein für wirtschaftshist. Studien. – Archiv für Zeitgeschichte, ETH Zürich, PA Biograf. Slg.: Hans Rudolf Schmid; «Neue Zürcher Zeitung» 2.3.1992; HLS.

DOK. 47 • 6.5.1946

**247**

ja Dr. Schmid während seines Aufenthaltes Gelegenheit gehabt habe, sich über die tatsächlichen Verhältnisse eingehend zu orientieren.